Servicestelle Familienfreundliches Studium

Infobrief Nr. 7/2022

Liebe Leser*innen,

passend zum Ende der Sommerferien in den meisten Bundesländern wurden die hochsommerlichen Temperaturen vom wohltemperierten Spätsommer abgelöst und der Alltag ist in allen Arbeitsbereichen zunehmend präsent. Wir hoffen, dass Sie sich gut erholt haben und nun gestärkt in das beginnende Wintersemester 2022/23 starten.

In dem hier vorliegenden siebenten Infobrief 2022 berichten wir über zwei Beschlüsse der Bundesregierung – das Dritte Entlastungspaket, mit dem die gestiegenen Energie- und Lebenserhaltungskosten abgefedert werden sollen, und das neue KiTa-Qualitätsgesetz.

Zudem informieren wir zur Änderung der Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung und zu einem Beitrag über das Bildungssystem in der Ukraine vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Gegen die Entscheidung der Bundesregierung das erfolgreiche Förderprogramm "Sprach-Kitas" zum Jahresende auslaufen zu lassen, regt sich bundesweit Protest. Einen Eindruck davon vermitteln in diesen Infobrief aufgenommene Beiträge.

Darüber hinaus haben wir einige interessante Arbeitshilfen, Berichte aus der Praxis sowie einige Veranstaltungshinweise für Sie zusammengetragen.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre. Ihre Servicestelle Familienfreundliches Studium

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Themen in dieser Ausgabe

Informationen anlässlich des Krieges in der Ukraine

- HRK-Präsident rechnet mit 21.000 ukrainischen Studierenden
- Verlängerung und Verschärfung der Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung bis 30.
 November 2022
- IAB-Beitrag: Berufliche Bildung in der Ukraine ein Überblick

Kinderbetreuung auf dem Campus

- GEW zum Urteil des BundesVG zur Masern-Impfpflicht in der Kita
- Bundesweiter Malwettbewerb für Kita-Kinder
- fit4future: Präventionsprogramm für Kitas und Schulen
- BiB-Studie: Kind in Kita heißt noch lange nicht weniger "Quality Time" mit dem Kind

Studieren (in Zeiten von Corona)

- "Flip the Switch": Studierendenwerke starten Energiesparkampagne
- DZHW-Brief 05-2022: Die Entwicklung der Studienabbruchquoten in Deutschland
- Studentenwerk Leipzig baut Psychosoziale Beratung aus
- DJI Impulse: Der lange Weg aus der Pandemie
- DGUV-Publikation "Branche Hochschule": Sicher und gesund lehren, forschen und studieren

Bundesförderung

- KiTa-Qualitätsgesetz auf den Weg gebracht
- Träger nehmen Stellung zum KiTa-Qualitätsgesetz
- Mecklenburg-Vorpommern startet Bundesrat-Initiative zum Erhalt der Sprach-Kitas
- GEW zum Start der Kampagne "Sprach-Kitas retten"
- Offener Brief: Das Ende der Sprach-Kitas ist keine Option
- Sprach-Kitas retten Petition gegen das Ende des Bundesprogramms

Unterstützung für Familien

- <u>Drittes Entlastungspaket vom Koalitionsausschuss beschlossen</u>
- <u>DSW-Statement: 200 Euro für die Studierenden: Wichtig, aber noch nicht das Ende der</u> Fahnenstange
- Aktuelles der Bundesstiftung Mutter und Kind
- Was tun bei steigenden Energiepreisen? Eine Handreichung des Bündnisses "Auf Recht Bestehen,
- <u>EuGH: Kindergeldsperre für erwerbslose EU-Bürger*innen in den ersten drei Monaten ist</u> rechtswidrig

Themen in dieser Ausgabe

Berufswege

- WiFF-Fachkräftebarometer: Personal und Arbeitsmarkt in Zeiten von Corona
- WiFF-Podcast: Wie attraktiv ist eine Beschäftigung in der Kita? Der Arbeitsmarkt Frühe Bildung im Außenvergleich

Demokratie bildung/Partizipation/Inklusion

- Fachdialoge des Paritätischen zu den Alltagsthemen der Partizipation in der KiTa
- nifbe-Themenheft: Kinderrechte und Partizipation

Studien/ Publikationen/ Literatur

• Studie der Uni Leipzig: Kinder von Pandemie besonders hart betroffen

Aus den Studenten-/Studierendenwerken und den Familienbüros bzw. Familienservicestellen

- <u>Studentenwerk Gießen: Abwechslungsreiches Ferienprogramm</u>
- Studierendenwerk Bonn: Pilotprojekt Lesegarten in Kita Rheinbach
- Studierendenwerk Vorderpfalz kritisiert neues Kita-Gesetz
- Familienbüro Uni Bonn: Kurzzeitunterstützung in Abschlussphasen

Termine/ Veranstaltungen

- "Alle digital dabei? Frühe Demokratie- und Vielfaltsbildung mit digitalen Medien stärken" Fachtagung am 17. Oktober 2022
- Online-Fachveranstaltung: Das Wohlbefinden von Kindern und Eltern im Wechselmodell am 27. Oktober 2022
- Online-Fachtag: ABENTEUER BEGEGNUNG Eine Sensibilisierung in Sprach- und Kulturkompetenz am 12. November 2022
- Bundesweite Vorlesetag am 18. November 2022
- 8. Jahrestagung des Vereins Familie in der Hochschule e.V. (FidH) am 22. November in München

Aus der SFS

• <u>Dokumentation SFS-Online-Austauschforum "Good Practices zum Thema flexible Kinderbetreuung" am 07. September 2022</u>

Informationen anlässlich des Krieges in der Ukraine

HRK-Präsident rechnet mit 21.000 ukrainischen Studierenden

Rund 21.000 ukrainische Schulabgänger und Studierende wollen eine Hochschule in Deutschland besuchen. Das erklärte der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Professor Peter-André Alt, mit Blick auf das bis Juni geäußerte Studieninteresse. Hinzu kämen noch 10.000 Studierende, die aus der Ukraine geflohen seien, jedoch keine ukrainische Staatsbürgerschaft haben. "Die Zahlen sind allerdings volatil, weil es nicht ganz einfach ist, verlässlich zu erfassen, wie viele Studierende und Studienberechtigte aus der Ukraine sich tatsächlich in Deutschland aufhalten", betonte Alt. Zum Artikel in Forschung und Lehre geht es hier.

Quelle: DHV-Newsletter vom 18.08.2022

Verlängerung und Verschärfung der Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung bis 30. November 2022

Zum 1. September 2022 wurde die Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung unter veränderten Bedingungen bis zum 30. November 2022 verlängert. Sie ermöglicht aus der Ukraine Geflüchteten eine rechtmäßige Einreise nach Deutschland ohne Visum und einen rechtmäßigen Aufenthalt ohne Aufenthaltstitel – allerdings beinhaltet die seit 1. September geltende Änderung, dass der Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis grundsätzlich innerhalb der ersten 90 Tage in Deutschland gestellt werden muss. Diese Regelung gilt sowohl für ukrainische Staatsangehörige als auch für Drittstaatler*innen. Vor allem für geflüchtete Drittstaatsstudierende verschärft sich dadurch die aufenthaltsrechtliche Situation, da sie i. d. R. keinen Anspruch gemäß §24 AufenthG haben. Einzig die Länder Hamburg, Bremen und Berlin haben für diese Studierendengruppe eine Sonderregelung gefunden. Weitere Informationen dazu finden Sie hier.

Quelle: DSW-Newsletter vom 02.09.2022

IAB-Beitrag: Berufliche Bildung in der Ukraine – ein Überblick

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gibt in einem aktuellen <u>Beitrag</u> einen Überblick über das Bildungssystem und den Bildungsstand in der Ukraine. Je länger die aus der Ukraine geflohenen Menschen in Deutschland bleiben, desto dringlicher werden Fragen zu ihrer Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt. Bedeutsamer wird dann auch die Frage, welche schulischen und beruflichen Qualifikationen die Erwachsenen mitbringen. Geflüchtete unterscheiden sich in ihren Merkmalen zwar oft von den Menschen, die im Herkunftsland verbleiben. Ein Blick auf das Bildungswesen in der Ukraine und den Bildungsstand der dortigen Bevölkerung zeigt jedoch: Trotz teilweise unterschiedlicher Bildungssysteme dürften die Integrationsperspektiven ukrainischer Geflüchteter im Großen und Ganzen günstig sein.

Quelle: Newsletter des Paritätischen vom 02.08.2022

Kinderbetreuung auf dem Campus

GEW zum Urteil des BundesVG zur Masern-Impfpflicht in der Kita

Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts bleibt die Masernimpfpflicht in Kitas weiter bestehen. Die GEW-Vorsitzende Maike Finnern nennt die Entscheidung "wichtig und richtig", sieht bei der Kontrolle aber die Gesundheitsämter in der Pflicht. Hier lesen Sie die aktuelle Meldung der GEW.

Bundesweiter Malwettbewerb für Kita-Kinder

Zum dritten Mal richtet die Hamburger Stiftung "Achtung!Kinderseele" im Rahmen ihres Kita-Patenprogramms einen bundesweiten Malwettbewerb für Zwei- bis Siebenjährige aus, die noch nicht in der Schule sind. Das Thema dieses Jahr lautet "Wie sieht dein Wohlfühlort aus?". Die Jury, der u.a. TV-Moderator Johannes Büchs angehört, wird 12 Gewinner*innen auswählen. Aus ihren Bildern erstellt die Stiftung einen großformatigen Kalender für 2023, der auch den Gewinner*innen zusammen mit einem Set hochwertiger Buntstifte zugeschickt wird. Der Einsendeschluss für die Kunstwerke ist am 23. September 2022. Alle weiteren Infos zum Wettbewerb sind auf der Webseite der Stiftung zu finden.

Quelle: Newsletter ErzieherIn.de vom 02.09.2022

fit4future: Präventionsprogramm für Kitas und Schulen

Kita- und Schulalltag können belastend sein, besonders mit Blick auf die zurückliegende Pandemie-Zeit. Umso wichtiger sind Bewegung, ausgewogene Ernährung und psychische Gesundheit. Nach den Sommerferien 2022 beginnt eine inhaltlich und methodisch weiterentwickelte Neuauflage des Programms fit4future. Die im Jahr 2016 gestartete Initiative von DAK-Gesundheit und fit4future foundation steht inzwischen in drei eigenständigen Programmen Heranwachsenden von 3 bis 19 Jahren zur Verfügung. Angeboten werden dabei viele abwechslungsreiche analoge und digitale Materialien, darunter Aktionskarten, fit4future-Boxen mit Spiel- und Sportgeräten, Angebots- bzw. Stundenverlaufsplanungen oder zielgruppengerechte Video- und Audioformate. In Seminaren und Workshops vermittelt fit4future darüber hinaus fachliches Wissen und praxisorientierte Kompetenzen, um Gesundheitsförderung im Schul- oder Kita-Alltag zu etablieren. Die ersten Teilnehmenden können mit Start zum Schuljahr 2022/23 insgesamt vier Jahre lang vom Programm fit4future profitieren. 2023 und 2024 werden erneut Kitas und Schulen nach den Sommerferien aufgenommen. Hier gelangen Sie direkt zur Anmeldung für fit4future Kita (für 3- bis 6-Jährige in Kindertagesstätten).

Quelle: Pressemeldung bildungsklick vom 05.09.2022

BiB-Studie: Kind in Kita heißt noch lange nicht weniger "Quality Time" mit dem Kind

Wenn junge Kinder eine Tagesseinrichtung besuchen, wirkt sich das auch auf die Bildungsaktivitäten innerhalb der Familie aus – allerdings nur bei Müttern mit geringerer Bildung. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die im Oxford Bulletin of Economics and Statistics veröffentlicht wurde. Darin vergleichen C. Katharina Spieß (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung BiB), Sevrin Waights (DIW Berlin) und Jonas Jessen (Viadrina Universität Frankfurt/Oder) die Zeit, die Kinder mit den Eltern und auch die Aktivitäten die Eltern mit ihren Kindern durchführen und unterscheiden dabei danach, ob die Kinder eine Kita besuchen. Basis der Analysen bilden Stichproben aus den Zeitverwendungsdaten des Statistischen Bundesamtes und repräsentativen Surveydaten.

Die Pressemitteilung des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung (BiB) vom 27. Juli 2022 und die Publikation finden Sie hier.

Quelle: bildungsklick vom 29.07.2022

Studieren (in Zeiten von Corona)

"Flip the Switch": Studierendenwerke starten Energiesparkampagne

"Flip the Switch", den Schalter umlegen, im Studierendenwohnheim und im Kopf: Die im Deutschen Studentenwerk (DSW) organisierten 57 Studenten- und Studierendenwerke starten am 1. September 2022 für die rund 200.000 Studierenden, die in den Wohnheimen der Studierendenwerke leben, eine Energiespar-Kampagne.

Kernaspekt des interaktiven Kampagnenteils wird eine Social-Media-Challenge. Unter dem Hashtag #myenergychallenge können sich Studierende gegenseitig zu Energiespar-Aufgaben herausfordern, diese dokumentieren und auch in den sozialen Netzwerken posten. Das kann zum Beispiel eine Aufforderung zum kalten Duschen sein, zum dauerhaften Herunterdrehen der Raumtemperatur oder zum Verzicht aufs Haare-Fönen.

Dazu kommen kurze Infobroschüren, Sticker, Plakatvorlagen, Flyer-Tower für die Informationsbroschüren, Bodenaufkleber, Roll-Ups, Beachflags oder Infoscreens sowie die informative Website www.myenergychallenge.de, die in mehreren Sprachen zur Verfügung steht.

Die vollständige Pressemittelung können Sie hier einsehen.

Quelle: DSW-Newsletter vom 11.08.2022

DZHW-Brief 05-2022: Die Entwicklung der Studienabbruchquoten in Deutschland

Die Studienabbruchquote unter den deutschen Studierenden hat sich zu Beginn der Coronazeit nicht wesentlich erhöht: Vor allem im Bachelorstudium ähneln die auf Basis des Absolventenjahrgangs 2020 berechneten Studienabbruchquoten den Werten der letzten Berechnungen von 2020. Dies zeigen die am 17. August 2022 in der Publikationsreihe DZHW-Brief veröffentlichten Ergebnisse. Insgesamt haben demnach 28 Prozent der Bachelor-Studierenden der Anfangsjahrgänge 2016 und 2017 sowie 21 Prozent der Master-Studierenden des Anfangsjahrgangs 2018 ihr Studium abgebrochen.

Die vollständige Meldung zum DZHW-Brief 05-2022 sowie eine Download-Option finden Sie hier.

Quelle: DHV-Newsletter vom 18.08.2022

Studentenwerk Leipzig baut Psychosoziale Beratung aus

Der Bedarf von Studierenden an psychosozialer Beratung ist im Zuge der Corona-Pandemie stark gestiegen – eine Entwicklung, die bis heute anhält. Die Beratungsstellen beim Studentenwerk Leipzig erleben pandemiebedingt einen deutlich erhöhten Andrang. Mit Mitteln aus dem Corona-Bewältigungsfonds des Freistaates Sachsen konnte das Studentenwerk Leipzig in der Psychosozialen Beratung die Kapazitäten vorübergehend bis Ende 2022 aufstocken. Die Wartezeiten für Einzelberatungen konnten dadurch in den letzten Wochen bereits von acht auf vier Wochen reduziert werden. Dass die Belastung von Studierenden mit der Pandemie zunahm, zeigen nicht zuletzt die Beratungszahlen in der Psychosozialen Beratungsstelle: Lag die Zahl der Einzelberatungen beim Studentenwerk Leipzig 2019 noch bei 2.678 so stieg sie 2021 auf 3.339 - ein Plus von 25%. Hinzu kamen 1.029 Teilnehmende in Gruppenangeboten, die im Zuge der Pandemie kurzfristig geschaffen wurden. 2022 dürfte der Beratungsbedarf nochmals steigen. Im ersten Quartal fanden bereits 909 Einzelberatungen statt – ein Anstieg um 42% im Vergleich zum ersten Quartal 2021 (636 Einzelberatung).

Die vollständige Pressemeldung können Sie <u>hier</u> lesen.

Quelle: DSW-Newsletter vom 11.08.2022

Studieren (in Zeiten von Corona)

DJI Impulse: Der lange Weg aus der Pandemie

Die Folgen der Pandemie belasten Jugendliche und junge Erwachsene in fast allen Lebensbereichen weiterhin stark. Das zeigen erste Ergebnisse einer bislang unveröffentlichten Untersuchung im Rahmen des AID:A-Surveys des Deutschen Jugendinstituts (DJI), die in der neuen Ausgabe des Forschungsmagazins DJI Impulse erschienen sind. "Die Lebenszufriedenheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen bleibt in vielerlei Hinsicht massiv beeinträchtigt", bilanziert DJI-Direktorin Prof. Dr. Sabine Walper auf Basis der neuen Forschungsdaten aus AID:A 2021. Zwar sei Corona wegen weiterer aktueller Krisen medial in den Hintergrund gerückt, doch der Bedarf an Unterstützung sei nach wie vor hoch. "Gerade junge Menschen mussten aufgrund der Pandemie auf vieles verzichten, was Jugend ausmacht", betont Walper: Der über lange Zeit eingeschränkte Aktionsradius, die ins Digitale verlagerten Beziehungen zu Gleichaltrigen, die veränderten Lernbedingungen, die Hürden beim Auszug aus dem Elternhaus und beim Einstieg in Ausbildung, Studium und Beruf – all dies wirke sich immer noch negativ auf das Wohlbefinden der Altersgruppe aus.

Im Mittelpunkt der <u>aktuellen Doppelausgabe</u> von DJI Impulse mit dem Titel "Der lange Weg aus der Pandemie" stehen deshalb die Erfahrungen Jugendlicher und junger Erwachsender. Auf Grundlage von vielfältigen Forschungsbefunden und Praxiserfahrungen analysieren Wissenschaftler:innen des DJI, aber auch profilierte Forscher:innen aus ganz Deutschland und Großbritannien sowie Expert:innen aus Fachpraxis und -politik in 17 Beiträgen die Situation der jungen Menschen. In einem Interview bezieht Bundesfamilienministerin Lisa Paus politisch Stellung zu den Ergebnissen der aktuellen Studien. Und nicht zuletzt kommen auch Jugendliche selbst zu Wort.

Quelle: bildungsklick vom 12.08.2022

DGUV-Publikation "Branche Hochschule": Sicher und gesund lehren, forschen und studieren

Die Hochschulleitung ist verpflichtet, die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten und Studierenden zu gewährleisten. Die neue <u>DGUV Regel 102-603 "Branche Hochschule</u>,, bündelt erstmals rechtliche Vorgaben, Normen, potenzielle Gefährdungen sowie praktikable Präventionsmaßnahmen speziell für den Hochschulbereich in einer Publikation.

Die Pressemitteilung der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) finden Sie hier.

Quelle: NL der DGUV vom 12.08.2022

Bundesförderung

KiTa-Qualitätsgesetz auf den Weg gebracht

Das Bundeskabinett hat am 24. August 2022 das KiTa-Qualitätsgesetz (Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung) beschlossen. Das neue KiTa-Qualitätsgesetz entwickelt das Gute-KiTa-Gesetz (2019 – 2022) unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Monitorings und der Evaluation weiter und nimmt die Qualitätsentwicklung der frühkindlichen Bildung stärker in den Fokus. Dafür will der Bund in den Jahren 2023 und 2024 jeweils bis zu 2 Milliarden Euro bereitstellen.

Der Entwurf sieht vor, dass die Länder überwiegend (über 50 Prozent der Mittel) in sieben vorrangige Handlungsfelder investieren: Bedarfsgerechtes Angebot, Fachkraft-Kind-Schlüssel, Gewinnung und Sicherung von qualifizierten Fachkräften, Starke Leitung, Sprachliche Bildung, Maßnahmen zur kindlichen Entwicklung, Gesundheit, Ernährung und Bewegung und Stärkung der Kindertagespflege. Sofern diese Schwerpunktsetzung sichergestellt ist, können die Länder auch Maßnahmen, die bereits Gegenstand der Bund-Länder-Verträge zum noch gültigen Gute-KiTa-Gesetz waren, fortsetzen. Maßnahmen, die ab 2023 neu begonnen werden, müssen ausschließlich in den vorrangigen Handlungsfeldern ergriffen werden. Somit können neue Maßnahmen der Länder für Beitragsentlastungen der Eltern nicht über das KiTa-Qualitätsgesetz finanziert werden. Um mehr soziale Gerechtigkeit bei der Ausgestaltung der Elternbeiträge zu erreichen, sollen - stärker als bisher - das Einkommen, die tägliche Betreuungszeit und die Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder der Familie verpflichtende Staffelungskriterien sein. Familien mit geringem Einkommen, die etwa Sozialleistungen, Kinderzuschlag oder Wohngeld erhalten, sollen künftig bundesweit von den Beiträgen befreit werden.

Das Gesetz soll ab 1. Januar 2023 in Kraft treten. Ausstehend sind noch die Beratungen in Bundestag und Bundesrat.

Die Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jungend (BMFSFJ) vom 24. August 2022 können Sie <u>hier</u> einsehen. In dieser wird auf ein ausführlicheres <u>Infopapier: KiTa-</u>Qualitätsgesetz verwiesen.

Träger nehmen Stellung zum KiTa-Qualitätsgesetz

Der Paritätische Gesamtverband informiert in der <u>Fachinfo vom 19. August 2022</u> über seine <u>Stellungnahme</u> zum Entwurf des KiTa-Qualitätsgesetzes. Der Verband begrüßt, dass der Bund die Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung auch weiterhin fördern will. Insbesondere befürwortet der Paritätische, dass mit Artikel 1 Nr. 1 eine Budgetkonkurrenz zwischen Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und Maßnahmen zur Entlastung der Eltern bei den Kostenbeiträgen vermieden werden soll.

FRÖBEL weist im Rundblick-Newsletter vom 19.08.2022 auf seine <u>Stellungnahme</u> zum Gesetzesentwurf hin. Begrüßt wird auch von diesem Träger der stärkere Fokus auf Qualitätsentwicklung, aber es werden auch Mängel bei den Themen Sprachbildung und Zusammenarbeit mit Familien gesehen.

Nach Ansicht der GEW, wird die vom Kabinett beschlossene Fortsetzung des "Gute-KiTa-Gesetzes" die Qualität in Kindertageseinrichtungen nicht ausreichend verbessern, sondern festigt die Problemstellungen im System. Die aktuelle Meldung "Eine Fortsetzung ohne Weiterentwicklung" vom 30. August 2022 lesen Sie hier.

Quelle: FRÖBEL Rundblick vom 19.08.2022 und Newsletter des Paritätischen vom 23.08.2022

Bundesförderung

Mecklenburg-Vorpommern startet Bundesrat-Initiative zum Erhalt der Sprach-Kitas

Mecklenburg-Vorpommern macht sich im Bundesrat stark für den Erhalt des Förderprogramms "Sprach-Kitas". Am 30. August 2022 hat das Kabinett in Schwerin eine entsprechende Bundesrats-Initiative beschlossen. "Der Bund will Mittel zur Unterstützung von Kindern mit sprachlichem Förderbedarf streichen, obwohl der Unterstützungsbedarf deutschlandweit sehr hoch ist.", führt Bildungsministerin Oldenburg aus. Nach Vorstellung des Bundes soll die Förderung zukünftig im "Gute-Kita-Gesetz" als eine von vielen Maßnahmen geschoben werden, ohne dafür den Ländern zusätzliches Geld zur Verfügung zu stellen. "Das ist eine Kürzung zu Lasten der Förderung der Kinder. Der Bund stiehlt sich aus seiner Verantwortung.", meint Oldenburg und verweist auch auf den Koalitionsvertrag der Regierungsparteien im Bund, der eine Verstetigung des Bundesprogramms aus guten Gründen vorsieht.

Die Pressemitteilung können Sie hier einsehen.

GEW zum Start der Kampagne "Sprach-Kitas retten"

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützt die Kampagne "Sprach-Kitas retten". Gewerkschaften, Verbände, zahlreiche Kitaträger, Fachkräfte und Eltern tragen die Kampagne, mit der verhindert werden soll, dass das Bundesprogramm "Sprach-Kitas" Ende 2022 ausläuft.

Quelle: Pressemitteilung der GEW vom 23.08.2022

Offener Brief: Das Ende der Sprach-Kitas ist keine Option

Das Bundesprogramm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" ist ein voller Erfolg. In zwei Förderperioden in über elf Jahren haben sich Strukturen sowohl in den Kitas als auch zwischen den Trägern etabliert, die aus dem pädagogischen Alltag nicht mehr wegzudenken sind. Doch anders als noch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigt, soll das erfolgreiche und hochgelobte Förderprogramm zum Ende des Jahres 2022 auslaufen. Um die frühe Sprachbildung weiterhin zu sichern, hat FRÖBEL einen Offenen Brief an die Kultusministerkonferenz sowie die Jugend- und Familienministerkonferenz adressiert, den zahlreiche Akteure mitzeichnen – u.a. die GEW, die Stiftung Lesen und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Quelle: FRÖBEL Rundblick vom 19.08.2022

Sprach-Kitas retten - Petition gegen das Ende des Bundesprogramms

Die Entscheidung der Bundesregierung, das Bundesprogramm "Sprach-Kita: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" Ende des Jahres 2022 auslaufen zu lassen, stößt auf heftige Kritik von Verbänden, Kita-Trägern und Eltern. Die Initiative #sprachkitas-retten, eine Initiative aus Erzieherinnen und Erziehern, Eltern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Politikerinnen und Politikern sowie Verbänden und Organisationen, hat Fahrt aufgenommen: sie hat sowohl eine Bundestags-Petition gestartet und ist jetzt auch mit einer eigenen Homepage und in den sozialen Medien online. Am 1. August 2022 hat die Petentin Wenke Stadach (Kita-Leiterin einer Sprach-Kita in Mecklenburg-Vorpommern) eine Petition an den Deutschen Bundestag gerichtet, die sich für den Erhalt des Bundesprogramms "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" einsetzt. Die Petition ist als öffentliche Petition eingereicht - jede und jeder kann mitzeichnen. Informationen finden Sie hier.

Unterstützung für Familien

Drittes Entlastungspaket vom Koalitionsausschuss beschlossen

Der Koalitionsausschuss hat sich am 3. September 2022 auf weitere Maßnahmen verständigt, um die Bürger*innen zu entlasten. Mit einem Gesamtvolumen von 65 Milliarden Euro soll das dritte Entlastungspaket, dass vor dem Inkrafttreten ins Kabinett getragen werden und dann den Bundestag sowie den Bundesrat passieren muss, die gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten abfedern.

In dem Beschlusspapier sind unter anderem folgende Hilfen, die sich teilweise auch direkt an Studierende als Gruppe richten, genannt:

- Nach dem Heizkostenzuschuss für BAföG-Empfänger*innen sollen nun alle Studierenden sowie Fachschüler*innen eine Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro erhalten.
- ➤ Das Kindergeld soll zum 1. Januar 2023 um 18 Euro monatlich für das erste und zweite Kind erhöht werden. Auch für das dritte Kind wurde nachträglich eine Niveauangleichung entschieden, so dass es für das erste, zweite und dritte Kind je 237 Euro monatlich geben wird.
- ➤ Ab dem 1. Januar 2023 soll der Höchstbetrag des Kinderzuschlages auf 250 Euro monatlich angehoben werden.
- ➤ Ab 1. Januar 2023 sollen deutlich mehr Geringverdienende ein höheres Wohngeld bekommen. Der Kreis der Wohngeldberechtigten soll auf zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger erweitert werden. Das Wohngeld soll dauerhaft eine Klima- und Heizkostenkomponente enthalten.
- Für die Heizperiode von September bis Dezember 2022 soll es für Wohngeldempfänger einmalig einen zweiten Heizkostenzuschuss geben: Für eine Person sind 415 Euro, für zwei Personen 540 Euro und für jede weitere Person zusätzliche 100 Euro geplant.
- ➤ Das Arbeitslosengeld II und Sozialgeld werden zum 1. Januar 2023 durch das Bürgergeld abgelöst. Vorgesehen ist ein Erhöhungsschritt auf 500 Euro.
- ➤ Aktuell ist geregelt, dass zum 1. Oktober 2022 die Höchstgrenze für eine Beschäftigung im Übergangsbereich (Midi-Job) von 1.300 EUR auf 1.600 EUR angehoben wird. Diese Höchstgrenze soll ab dem 1. Januar 2023 auf monatlich 2.000 EUR angehoben werden.
- Es soll ein bundesweites Nahverkehrsticket eingeführt werden. Ziel ist ein Ticket von etwa 49 bis 69 Euro pro Monat.

Auf der DSW-Webseite finden Sie eine <u>Übersicht</u> der vorgesehenen Entlastungsmaßnahmen.

Das Ergebnispapier des Koalitionsausschusses "Maßnahmenpaket des Bundes zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung und zur Stärkung der Einkommen" vom 3. September 2022 finden Sie hier. Informationen der Bundesregierung finden Sie hier.

DSW-Statement: 200 Euro für die Studierenden: Wichtig, aber noch nicht das Ende der Fahnenstange

Zum dritten Entlastungspaket der Bundesregierung, wie es Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Sonntag, 4. September 2022, vorgestellt hat, erklärt Matthias Anbuhl, der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks: "Dass die Bundesregierung alle rund 2,9 Millionen Studierenden in Deutschland explizit als Gruppe nennt und sie mit einer Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro unterstützen will, begrüßen wir. Nachdem vom einmaligen Heizkostenzuschuss nur BAföG-Empfänger/innen – und damit lediglich 11 Prozent der Studierenden profitiert haben –, soll diese Pauschale nun explizit an alle Studierenden gehen. Das ist ein wichtiger Baustein; weitere müssen folgen. Denn das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht.

Die vollständige Pressemitteilung ist hier einsehbar.

Quelle: DSW-Newsletter vom 11.08.2022

Unterstützung für Familien

Aktuelles der Bundesstiftung Mutter und Kind

- ➢ Die seit Mitte März 2020 geltenden Sonderregelungen für das Antragsverfahren bei der Bundesstiftung Mutter und Kind, mit denen während der Corona-Pandemie Antragstellungen unter Beachtung der notwenigen Kontaktbeschränkungen ermöglicht wurden, endeten mit Ablauf des 31. Mai 2022. Dafür treten zum 1. Juni 2022 ergänzende Reglungen zum Antragsverfahren in Kraft. Mit diesen ist die grundsätzliche Möglichkeit eröffnet, unter besonderen Voraussetzungen telefonische oder Online-Beratung im Zusammenhang mit schriftlicher Antragstellung anbieten zu können. Hier gibt es die Vergaberichtlinien in der ab 1. Juni 2022 geltenden Fassung.
- Für schwangere Frauen in Not erhält die Bundesstiftung Mutter und Kind im Haushaltsjahr 2022 insgesamt 5,561 Mio. Euro mehr aus dem Bundeshaushalt. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen Hilfen für aus der Ukraine geflüchtete Schwangere sowie Unterstützung für gestiegene Energiekosten für alle Hilfeempfängerinnen finanziert werden. Die Vergabe auch der zusätzlichen Mittel organisieren die zentralen Einrichtungen, die im jeweiligen Bundesland für den Stiftungszweck tätig sind. Um die Hilfen zu beantragen, müssen sich schwangere Frauen, die sich in einer Notlage befinden, an eine <u>Schwangerschaftsberatungsstelle vor Ort</u> wenden, wo sie auch umfassend beraten werden.

Quelle: Webseite der Bundesstiftung Mutter und Kind

Was tun bei steigenden Energiepreisen? Eine Handreichung des Bündnisses "Auf Recht Bestehen,"

Die steigenden Energiepreise sind aktuell ein zentrales Thema. Welche Möglichkeiten gibt es im Sozialrecht, wenn die Energiekosten nicht mehr getragen werden können? Zu diesem Thema hat das Bündnis "Auf Recht Bestehen" eine hilfreiche <u>Handreichung</u> für die Beratung erstellt. Das vierseitige Papier liefert Anregungen zum Umgang mit steigenden Preisen bei den Heiz- und Stromkosten. Welche sozialrechtlichen Schritte können geprüft werden, wenn höhere Abschlagszahlungen kommen oder Nachforderungen nicht finanziert werden können? Die Fachinfo des Paritätischen Gesamtverbandes vom 29. August 2022 ist <u>hier</u> einzusehen.

Quelle: Newsletter des Paritätischen vom 30.08.2022

EuGH: Kindergeldsperre für erwerbslose EU-Bürger*innen in den ersten drei Monaten ist rechtswidrig

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch im Juli 2019 wurde der Kindergeldanspruch für EU-Bürger*innen in den ersten drei Monaten des Aufenthalts gestrichen, wenn noch keine Einkünfte aus einem Beschäftigungsverhältnis oder selbstständiger Tätigkeit erzielt werden. Nun hat der Europäische Gerichtshof mit dem Urteil vom 1. August 2022 (EuGH, C-411/20) entschieden, dass die deutsche Regelung (in § 62 Abs. 1a S. 1 EStG) tatsächlich unionsrechtswidrig ist. Kindergeldansprüche in den ersten drei Monaten des Aufenthalts dürfen nicht von einer Erwerbstätigkeit abhängig gemacht werden, da es sich bei dieser Bedingung um eine unzulässige Diskriminierung handelt. Nach Auffassung des EuGH handelt es sich bei dem Kindergeld nicht um eine "Sozialhilfeleistung", sondern um eine "Leistung der Sozialen Sicherheit" zum Ausgleich der Familienlasten. Für diese Leistungen gilt der europarechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz gem. Art 4 VO 883/2004 sowie gem. Art. 24 Abs. 1 UnionsRL.

Den vollständigen Text der Fachinfo des Paritätischen Gesamtverbandes finden Sie hier.

Berufswege

WiFF-Fachkräftebarometer: Personal und Arbeitsmarkt in Zeiten von Corona

Das Auftreten des neuartigen Coronavirus Sars-CoV-2 und die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben die Kindertagesbetreuung seit dem Frühjahr 2020 massiv betroffen. Einrichtungs- und Gruppenschließungen, zahlreiche Schutz- und Hygienemaßnahmen sowie Infektionen von Beschäftigten, Kindern und Eltern wurden zur täglichen Herausforderung. Dass die Pandemie aber auch die Entwicklung von Personal- und Kinderzahlen in der Frühen Bildung beeinflusst hat, das zeigen auf der Basis amtlicher Daten aktuelle Analysen zum Fachkräftebarometer Frühe Bildung.

Die Online-Broschüre Personal und Arbeitsmarkt in Zeiten von Corona kann <u>hier</u> kostenlos heruntergeladen werden. Die dazugehörige <u>Pressemitteilung</u> wurde am 4. August 2022 veröffentlicht.

Quelle: WiFF-Newsletter vom 25.07.2022

WiFF-Podcast: Wie attraktiv ist eine Beschäftigung in der Kita? Der Arbeitsmarkt Frühe Bildung im Außenvergleich

Wenn es um die Kita als Arbeitsplatz geht, zeigt sich ein ambivalentes Bild. Auf der einen Seite entscheiden sich immer mehr Menschen für die Arbeit in der Kita und sind dort viele Jahre tätig. Auf der anderen Seite wird in der öffentlichen Debatte die mangelnde Attraktivität der Erziehungsberufe und eine fehlende gesellschaftliche und politische Anerkennung kritisiert. Wie passt das zusammen? Das erörtern WiFF-Leitung Professorin Dr. Kirsten Fuchs-Rechlin und Pascal Hartwich, Mitglied der Autorengruppe Fachkräftebarometer, im Podcast anhand empirischer Daten sowie im Vergleich mit anderen Berufen.

Quelle: WiFF-Newsletter vom 25.07.2022

Demokratiebildung/Partizipation/Inklusion

Fachdialoge des Paritätischen zu den Alltagsthemen der Partizipation in der KiTa

In den kostenlosen Veranstaltungen können sich die Teilnehmenden nach einem fachlichen Input mit Expert*innen aus der Praxis über Alltagsthemen der frühen Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege austauschen. Die Veranstaltungen finden ab 15. September 2022 donnerstags von 17:00 bis max. 19:00 Uhr via Zoom statt und behandeln u.a. die Themen Raumgestaltung, Ruhezeiten oder Beschwerden. Sie gehören zum kostenlosen E-Learning-Angebot des Projektes "Partizipation und Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung". Es wird empfohlen, sich im Vorfeld der Fachdialoge die Erklärfilme zu den einzelnen Alltagsthemen anzuschauen, dies ist aber keine Voraussetzung für die Teilnahme. Eine Anmeldung zu den einzelnen Veranstaltungen ist hier möglich.

Quelle: Newsletter des Paritätischen vom 16.08.2022

nifbe-Themenheft: Kinderrechte und Partizipation

In diesem <u>Themenheft</u> werden zunächst Inhalte und Geltung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland dargestellt. Daraufhin wird anhand von Beispielen erörtert, auf welche Weise Kinder alters- und reifeangemessen beteiligt werden sollten und wie kindliche Selbstbestimmung, Mitbestimmung und die Verantwortung der Erwachsenen für Kinder balanciert werden müssen. Anschließend wird dargestellt, worin der Kinderrechtsansatz in der KiTa besteht und wie Eltern im Rahmen der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft für die Rechte ihrer Kinder gewonnen werden können. Der Beitrag schließt mit einigen Anregungen zur Weiterentwicklung der Beteiligungsrechte von Kindern.

Die nifbe-Themenhefte sind 16-24seitigen A4-Broschüren, die jeweils eine kompakte, praxisorientierte Einführung in die Thematik bieten und mit weiterführenden Literaturempfehlungen schließen.

Quelle: nifbe-Newsletter vom 22.08.2022

Studien/ Publikationen/ Literatur

Studie der Uni Leipzig: Kinder von Pandemie besonders hart betroffen

Kinder und Jugendliche haben der Studie "Einfluss der COVID-19-Pandemie auf die ambulante psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen" der Universität Leipzig zufolge unter der Corona-Krise besonders stark gelitten. Die Zahl der Hilfesuchenden in den ohnehin schon überlaufenen psychotherapeutischen Praxen Deutschlands sei stark gestiegen, sagt der Kinder- und Jugendpsychologe Prof. Dr. Julian Schmitz vom Institut für Psychologie der Universität Leipzig. Er und sein Team haben im Frühjahr 2021 per Fragebogen deutschlandweit 324 Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen zu diesem Thema befragt. Die <u>Ergebnisse ihrer Studie</u> – der ersten, die bislang solche Daten erfasst hat – veröffentlichten sie gerade in der Fachzeitschrift "Die Psychotherapie".

Die Pressemitteilung der Uni Leipzig vom 8. Juli 2022 finden Sie hier.

Quelle: FKP-Newsletter vom 11.08.2022

Aus den Studenten-/Studierendenwerken und den Familienbüros bzw. Familienservicestellen

Studentenwerk Gießen: Abwechslungsreiches Ferienprogramm

Die Sommerferienbetreuung JUSTUSkids bot in den vergangenen Wochen abwechslungsreiche Unterhaltung: vom Skulpturen-Workshop über Meeresbiologie bis hin zur Wasserschlacht. Insgesamt 31 Kinder von Studierenden und Beschäftigten der Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU), der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM) und des Studentenwerks Gießen waren gemeinsam aktiv und kreativ. Die vollständige Mitteilung des Studentenwerkes inklusive Fotos können Sie hier einsehen.

Quelle: DSW-Newsletter vom 11.08.2022

Studierendenwerk Bonn: Pilotprojekt Lesegarten in Kita Rheinbach

Die Kinder der Kita Rheinbach haben ab sofort nicht nur die Möglichkeit, draußen zu toben und zu spielen, sondern sich in eine Ruhezone zurückzuziehen und dort Bücher für sich zu entdecken. Im sog. Lesegarten können sie die Natur erforschen und zeitgleich thematisch passenden Geschichten lauschen. Das Pilotprojekt wurde von Rheinbach liest e. V. bereits 2020 initiiert und mit Unterstützung der Eltern und der Stiftung Fassbender fertiggestellt.

Die vollständige Pressemitteilung inklusive Fotos finden Sie hier.

Quelle: DSW-Newsletter vom 02.09.2022

Studierendenwerk Vorderpfalz kritisiert neues Kita-Gesetz

Das Studierendenwerk Vorderpfalz befürchtet eine Verschärfung des Personalmangels in Kitas durch das Neue-Kita-Gesetz. "Wir sehen uns sehr großen Problemen gegenüber, zu den aktuell geltenden Konditionen überhaupt noch Fachkräfte langfristig an uns zu binden", teilt die von Andreas Schülke geleitete Einrichtung in ihrem Werksbericht mit. Der Ausfall von Betreuungsleistungen drohe, in der Kita die Regel zu werden. "Unser dringender Appell an die Landesregierung: Stellen Sie das Neue-Kita-Gesetz alltagstauglicher auf und geben Sie echte Anreize für die Ausübung des Erzieher*innen-Berufs!" Die politischen Vorgaben seien weder alltags- noch realitätstauglich, heißt es weiter in dem Bericht. Das Studierendenwerk befürchtet, "dass es hier noch zu größeren Verwerfungen kommen wird". Der "eh schon schwache" Beruf sei durch das seit 1. Juli 2021 gültige Gesetz nicht gestärkt, sondern geschwächt worden. Das Studierendenwerk fordert Nachbesserungen beim Gesetz.

Zum Die-Rheinpfalz-Artikel geht es hier.

Quelle: DSW-Newsletter vom 18.08.2022

Familienbüro Uni Bonn: Kurzzeitunterstützung in Abschlussphasen

Die Maßnahme, die in Kooperation mit dem Familienbüro durchgeführt wird, soll Eltern in Abschlussphasen des Studiums (Bachelor-/Masterstudium) oder der Promotion über einen begrenzten Zeitraum finanziell unterstützen. Aus dem Fonds können bis zu 400,00 Euro monatlich für maximal ein halbes Jahr zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel sind zweckgebunden und dienen als finanzielle Zuschüsse für zusätzliche Kinderbetreuung (flexible Kinderbetreuung, auch außerhalb der Randzeiten; Au-pair-Hilfe oder Babysitting) oder zur personellen Entlastung im Haushalt (Haushaltshilfe). Die Förderung kann pro Haushalt nur einmal bewilligt werden. Anträge können bis zum 30. September in einem zusammenhängenden pdf-Dokument per E-Mail an sekretariat@zgb.uni-bonn.de geschickt werden.

Hier finden Sie eine Übersicht zum Thema Kurzzeitunterstützung.

Quelle: Newsletter des Familienbüros der Universität Bonn vom 11.07.2022

Termine/ Veranstaltungen

"Alle digital dabei? Frühe Demokratie- und Vielfaltsbildung mit digitalen Medien stärken" – Fachtagung am 17. Oktober 2022

Unter dem Titel "Alle digital dabei? …" lädt die Koordinierungsstelle "Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung" am 17. Oktober 2022 nach Berlin ein und widmet sich gemeinsam mit Vertreter*innen von Wohlfahrtsverbänden und anderen Akteur*innen der Kindertagesbetreuung der Frage, welche Bedeutung digitale Medien für eine partizipative und inklusive pädagogische Praxis in Kitas und Kindertagespflegestellen haben. Die Veranstaltung ist kostenlos und richtet sich an Fach- und Leitungskräfte der Kindertagesbetreuung, Kindertagespflegepersonen, Fachberatungen, Trägervertreter*innen, Fachschullehrende und Fachschüler*innen sowie an frühpädagogische Projektträger*innen aus dem Bundesprogramm "Demokratie leben!". Eine Programmübersicht finden Sie hier. Eine verbindliche Anmeldung zur Fachtagung ist bis zum 16. September 2022 möglich.

Quelle: FKP-Newsletter vom 11.08.2022

Online-Fachveranstaltung: Das Wohlbefinden von Kindern und Eltern im Wechselmodell am 27. Oktober 2022

Im Rahmen der Inforeihe Kinder, Jugend und Familie lädt der Paritätische Gesamtverband zur kostenlosen Online-Veranstaltung "Das Wohlbefinden von Kindern und Eltern im Wechselmodell. Ergebnisse der Studie "Familienmodelle in Deutschland" (FAMOD)" am 27.10.2022 in der Zeit von 14:00 – 16:00 Uhr ein. Eine <u>Anmeldung</u> ist erforderlich. Weitere Informationen zum Projekt "Familienmodelle in Deutschland" finden Sie <u>hier</u>.

Online-Fachtag: ABENTEUER BEGEGNUNG - Eine Sensibilisierung in Sprach- und Kulturkompetenz am 12. November 2022

Das Kompetenzzentrum für Inklusion und Transition (KIT) an der Universität Rostock bietet am 12. November 2022 zum oben genannten Thema einen Fachtag für pädagogische Fach- und Lehrkräfte aus Kindertageseinrichtungen, Grund- und Förderschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie alle Interessierten an. Eine Anmeldung für die kostenlose Veranstaltung ist bis zum 4. November 2022 erforderlich.

Quelle: bildungsklick vom 22.07.2022

Bundesweite Vorlesetag am 18. November 2022

Am 18. November 2022 findet der Bundesweite Vorlesetag bereits zum 19. Mal statt. Hierzu stellen wir den Aktionstag in diesem Jahr unter das Jahresmotto "Gemeinsam einzigartig" und feiern gemeinsam mit allen Zuhörer*innen die Vielfalt unserer Gesellschaft als alltägliche Bereicherung und verbindendes Element. Dabei lässt das Motto viel Freiraum für die eigene Gestaltung – sei es mit mehrsprachigen Geschichten, Erzählungen über ungewöhnliche Charaktere oder außergewöhnliche Vorlesesituationen. Für das Jahr 2022 präsentiert sich der Vorlesetag auf einer neuen Homepage mit einem frisch gestalteten Logo und ruft ab sofort alle Interessierten auf, Groß und Klein vorzulesen und sich unter www.vorlesetag.de anzumelden.

Quelle: Pressemitteilung vom 04.08.2022.

Termine/ Veranstaltungen

8. Jahrestagung des Vereins Familie in der Hochschule e.V. (FidH) am 22. November in München

Wie hat sich die Lebensrealität von Familien verändert und auf welche Weise spiegelt sich dies an den Hochschulen wider? Welche Herausforderungen kommen dabei auf Hochschulleitungen zu und wie kann es gelingen, diesen gesellschaftlichen Wandel als Chance für die Wissenschaft bzw. für die Hochschulen zu nutzen? Welche Antworten finden Hochschulen, Politik und Gesellschaft auf veränderte Formen der Verteilung von Sorgearbeit und geteilter Verantwortung in familiären Strukturen? Wie gelingt die Vereinbarkeit von Studium, Beruf, Wissenschaft und Pflege und welche Verantwortung tragen dabei die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure? Gibt es neue Impulse für den Umgang mit der Zeit für Familien und der Zeit für Beruf, Studium und Wissenschaft? Diesen Fragestellungen widmet sich die 8. Jahrestagung des FidH, die am 22. November 2022 an der Universität der Bundeswehr München (UniBw M) unter dem Titel "Familie im Wandel. Vielfalt als Impuls zur Weiterentwicklung des Hochschulsystems" ausgerichtet wird.

Die Anmeldefrist endet am 5. Oktober 2002. Das Programm und weitere Informationen gibt es hier.

Quelle: Newsletter CHEckpoint vom 30.08.2022

Aus der SFS

Dokumentation SFS-Online-Austauschforum "Good Practices zum Thema flexible Kinderbetreuung" am 7. September 2022

Die Servicestelle Familienfreundliches Studium (SFS) des DSW hat ihr drittes Online-Austauschforum im Jahr 2022 erfolgreich umgesetzt. Nach den inspirierenden Impulsvorträgen von den Kolleg*innen aus den Studierendenwerken Kassel und Hamburg sowie der Universität Hohenheim nutzten die ca. 85 Teilnehmenden die Gelegenheit sich im Plenum wie auch in Kleingruppen auszutauschen.

Die Präsentationen sind im <u>Infoportal</u> der SFS abrufbar.

Am 14. November 2022 in der Zeit von 10:00 – 12:00 Uhr lädt die SFS zu einem weiteren Forum, dann zum Thema "Chancengleichheit für Studierende mit Familie - Sind virtuelle Lehrangebote familienfreundlich? Wie stellen sich Nachteilsausgleiche bei Studien- und Prüfungsleistungen dar?", ein. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die SFS informiert rechtzeitig über ihren Verteiler.

Deutsches Studentenwerk

Servicestelle Familienfreundliches Studium

Monbijouplatz 11 10178 Berlin

 $\textbf{Mail:} \ \underline{sfs@studentenwerke.de}$

Telefon: 030 – 29 77 27 -67 /-68

www.studentenwerke.de/de/content/studieren-mit-kind

Wir freuen uns über Ihre Anregungen und Ihr Feedback.